

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen
der vergangenen Woche

Nr. 13

vom 30. April 2009

Redaktion: Katja Richardt

Wirtschaft und Hafen

Erste Sitzung des Hamburger Konjunkturbeirats	2
Norddeutsche Wirtschaftsminister wollen engere Kooperation in der Krise	4

Schule, Jugend und Berufsbildung

Für erfolgreiche Übergänge in Ausbildung und Beruf: Regionales Übergangsmanagement KorA	6
Stiftung Mercator und Hansestadt investieren eine Million Euro in Sprachförderung	8
Bildungszentrum mit internationaler Strahlkraft	12

Wissenschaft und Forschung

Online-Bürgerforum zur Uni-Baumentwicklung beendet	14
--	----

Gesundheit und Soziales

RKI gibt Empfehlungen im Umgang mit Schweine-Influnza	15
Auszeichnung für DJ und Jugendzentrum im Kampf gegen Gehörschäden	16
Mehr Verbraucherschutz für betreuungsbedürftige Menschen in Hamburg	19
Impuls gegen Zwangsheirat – europaweit!	23

Zur Information

Terminkalender	27
----------------------	----

27. April 2009/bwa27a

Erste Sitzung des Hamburger Konjunkturbeirats

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko und hochkarätige Vertreter von Verbänden tauschen sich über die konjunkturelle Lage aus

Der neue „Konjunkturbeirat“ kam zu seiner ersten Sitzung in der Behörde für Wirtschaft und Arbeit zusammen. Der Einladung von Wirtschaftssenator Gedaschko waren unter anderem der Präses der Handelskammer, Frank Horch, der Präsident des Verbandes der Deutschen Reeder (VDR), Michael Behrendt, der DGB-Vorsitzende Erhard Pumm, Thomas Bösenberg von team.arbeit.hamburg, AGA-Präsident Hans Fabian Kruse, Uwe Borges vom Bankenverband Hamburg e.V., Stefan Papirow von der Bürgerschaftsgemeinschaft Hamburg und Handwerkskammergeschäftsführer Frank Glücklich gefolgt.

Der „Konjunkturbeirat“ hat unter anderem das Ziel, einen Gesamtüberblick über die wirtschaftliche Lage der Stadt über einen Verbände übergreifenden Austausch zu erarbeiten, um daraus Maßnahmen zur Bewältigung der gegenwärtigen Krise abzuleiten. Gleichzeitig soll der Austausch unter den jeweiligen Branchen gefördert werden, um möglichen Gesprächs- und Verbesserungsbedarf direkt klären zu können. Auf diese Weise kann ermittelt werden, welche Branchen weiterhin Unterstützung benötigen oder inwieweit ein branchenspezifischer Aufschwung erkennbar wird, damit die richtigen Maßnahmen zum richtigen Zeitpunkt in der richtigen Branche einsetzen und eine Überhitzung vermieden werden kann.

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko bilanziert: „Der Sinkflug der hiesigen Wirtschaft schwächt sich ab. Einige Branchen sind jedoch stark betroffen. Insgesamt haben die heute zusammen gekommenen Verbände die Hoffnung, dass dieses niedrige Niveau nicht noch weiter unterschritten wird. Echte Aufschwungstendenzen schon in diesem Jahr sind nicht erkennbar.“

Der Konjunkturbeirat hat sich heute darauf verständigt, zwischen den verschiedenen Verbänden einen besseren Informationsfluss über die jeweiligen Hilfsaktivitäten zu fördern. Die Runde war sich einig, dass die Möglichkeit, sich während einer Kurzarbeit zu qualifizieren, noch viel zu wenig genutzt wird. Verbände, die Agentur für Arbeit und die Hamburger Universität werden mit Unterstützung der Behörde für Wirtschaft und Arbeit eine entsprechende „Roadshow“ in den verschiedenen Branchen veranstalten, die über die

jeweiligen Qualifizierungsmöglichkeiten informiert. In der Frage der Berufsausbildung in der Krise wird der Beirat im Mai (wenn belastbare Zahlen über Tendenzen vorliegen) entscheiden, welche Schritte möglicherweise einzuleiten sind. Zusätzlich werden Vertreter des Bankensektors bzw. des Finanzplatzes Hamburg e.V. mit Verbänden zusammenkommen, um über unterschiedliche Konditionen bei der Kreditvergabe für Kleine und Mittlere Unternehmen zu diskutieren.

Die nächste Tagung des „Konjunkturbeirates“ findet nach dem „Herbstgutachten“ statt. Die Teilnehmer haben sich darüber hinaus verständigt, in der Zwischenzeit die Arbeitsaufträge abzuarbeiten sowie zusammenzutreten, wenn aktuelle Ereignisse oder Entwicklungen dies notwendig machen sollten.

Ein Gruppenfoto des ersten Treffens kann auf Nachfrage rechtfrei per Mail versandt werden.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

29. April 2009/bwa29

Norddeutsche Wirtschaftsminister wollen engere Kooperation in der Krise **Gemeinsames Treffen in Mecklenburg-Vorpommern**

Die norddeutschen Länder wollen verstärkt gemeinsam gegen die Auswirkungen der aktuellen Rezession vorgehen. Mecklenburgs Wirtschaftsminister Jürgen Seidel hatte sich dazu in Göhren-Lebbin (Müritzkreis) mit Hamburgs Wirtschaftssenator Axel Gedaschko, Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Jörn Biel und Vertretern aus Niedersachsen und Bremen getroffen. „Die Wirtschaft in Norddeutschland hat ähnliche Probleme und ähnliche Interessen“, sagte Seidel. Alle Vertreter lehnten ein drittes Konjunkturprogramm der Bundesregierung ab. Die norddeutschen Länder verständigten sich darauf, sich über die Lage der verschiedenen Branchen besser auszutauschen und sich beim Umgang mit Bürgschaftsbanken enger abzustimmen. Besonders wichtig war aus Hamburger Sicht der Austausch über die Möglichkeiten der Qualifizierung von Menschen in Kurzarbeit.

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko: „Wir müssen gemeinsam eine größere Verbindlichkeit von Qualifizierung während Kurzarbeit erreichen. Wir brauchen hier eine stärkere Verpflichtung zur Weiterbildung. Und wir brauchen für die Träger einen länderübergreifenden passgenauen Zuschnitt für die einzelnen Qualifizierungsmaßnahmen. Ein weiteres Denken in Ländergrenzen bringt uns hier nicht mehr weiter.“

Bei den Geschäftserwartungen der Unternehmen gibt es erste Signale einer weniger negativen Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung im späteren Jahresverlauf. Die Konjunkturpakete in Deutschland entfalten erste Wirkungen. Sie dürften den privaten Konsum, im weiteren Jahresverlauf aber auch den Bau stützen. Hinzu kommt die anhaltende Entspannung bei den Preisen.

Die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe zu Jahresbeginn 2009 ist in Norddeutschland durch deutliche Rückgänge bei den Industrieumsätzen, aber auch durch eine weitgehend stabile Beschäftigungslage gekennzeichnet. Während die Umsätze in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zum Vorjahr um -16,2 Prozent zurückgingen, waren es in Hamburg -18 Prozent und in Schleswig-Holstein -18,1 Prozent. (Deutschland -24,2 Prozent, Bremen -24,4 Prozent, Niedersachsen -26,7 Prozent).

Die Bauaktivitäten in Hamburg wurden im Januar und Februar durch den Winter nicht beeinträchtigt. Im Gegenteil nahmen sie sogar deutlich um 21,3 Prozent zu. In den übrigen

norddeutschen Ländern gab es dagegen starke Umsatzrückgänge: Niedersachsen -12,4 Prozent, Schleswig-Holstein -23,2 Prozent, Mecklenburg-Vorpommern -37,2 Prozent, Bremen -40,1 Prozent sowie Bundesrepublik Deutschland insgesamt -19,8 Prozent.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: (040) 42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

27. April 2009/bsb27

Für erfolgreiche Übergänge in Ausbildung und Beruf: Regionales Übergangsmanagement KorA

Die Rahmenbedingungen für Jugendliche an der Schnittstelle Schule – Ausbildung – Beruf zu verbessern ist das Ziel des neuen Reformvorhabens „Regionales Übergangsmanagement – KorA“. Anlässlich der Auftaktveranstaltung am 27. April in der Handwerkskammer Hamburg wird das Modellprojekt vorgestellt. Schulsenatorin Christa Goetsch: „Innerhalb der nächsten drei Jahre wollen wir ein auf Hamburg übertragbares Handlungskonzept für ein regionales Übergangsmanagements entwickeln. Dies wird in der zukünftigen Schullandschaft eine wichtige Rolle spielen.“

„Die beiden Regionen des Bezirks Hamburg-Mitte, den Elbinseln und Billstedt - Horn, bieten die idealen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Modellentwicklung“, so **Bezirksamtsleiter Markus Schreiber**. „Wir finden hier Netzwerke vor, auf die aufgebaut werden können. Zugleich ist der Einstieg in das Berufsleben für die Jugendlichen dort sehr schwierig und ein erfolgreiches Übergangsmanagement deshalb besonders wichtig.“ Unter Einbeziehung aller relevanten Akteure wird hier das Vorhaben *„Regionales Übergangsmanagement. Modellhafte Umsetzung eines strategischen Konzeptes zur strukturellen Verbesserung der Kooperation der regionalen Akteure im Bereich Übergang Schule – Beruf in zwei Regionen des Bezirkes Hamburg-Mitte“* umgesetzt.

Denn für viele Hamburger Jugendliche stellt sich die Situation auf dem Ausbildungsmarkt schwierig dar: Immer komplexere Berufsbilder, Probleme aufgrund der Wirtschaftskrise, viele Bewerber, ein schlechter Schulabschluss und unrealistische Berufswünsche machen ihnen den Einstieg ins Berufsleben schwer. Die Jugendlichen benötigen individuelle Unterstützung bei der Berufswahl und Ausbildungsplatzsuche sowie passgenaue und zielgerichtete Vorbereitung auf das Berufsleben.

In Hamburg existiert ein großes Angebot an Maßnahmen im „Übergangssystem“. Im Vorhaben Regionales Übergangsmanagement KorA wird daran gearbeitet, sowohl für die jugendlichen Nutzer als auch für die Anbieter der Maßnahmen den Überblick und die Koordination zu erleichtern und für passgenaue Übergänge zu sorgen. Schon jetzt zeichnen sich gute Ansatzpunkte und Handlungs Ideen ab. Die horizontale und vertikale Kooperation der Akteure und die Steuerung des Systems werden intensiviert und die Angebote besser

aufeinander abgestimmt, so dass die Jugendlichen zielgerichtet bis zum Berufseinstieg begleitet werden.

Das Vorhaben wird im Rahmen des Programms „Perspektive Berufsabschluss“ (www.perspektive-berufsabschluss.de) vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert. Es wird in gemeinsamer Verantwortung, der Behörde für Schule und Berufsbildung, des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung und des Bezirksamtes Hamburg-Mitte in Zusammenarbeit mit der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz sowie der Behörde für Wirtschaft und Arbeit durchgeführt.

Auf der heutigen Auftaktveranstaltung im Großen Saal der Handwerkskammer Hamburg wird das Projekt vorgestellt. Professor Dr. Severing vom Institut Betriebliche Bildung Nürnberg wird einen Fachvortrag zum Thema halten.

Für Rückfragen:

Ute Köhler, Projektleiterin, c/o Hamburger Institut für Berufliche Bildung,
Tel. 040 – 428 63 2969, E-Mail: ute.koehler@hibb.hamburg.de

oder

Bezirksamt Hamburg-Mitte, Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Sorina Weiland, Tel.: 040 – 428 54 2877,
E-Mail: sorina.weiland@hamburg-mitte.hamburg.de

bsb27a

Stiftung Mercator und Hansestadt investieren eine Million Euro in Sprachförderung

Förderunterricht für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund wird in vorhandene schulische und universitäre Strukturen integriert

Essen/Hamburg 27. April 2009 – Der Förderunterricht für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund der Stiftung Mercator am Standort Hamburg wird langfristig gesichert. Dazu haben die Stiftung und das Institut für Interkulturell und International Vergleichende Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg ein Konzept entwickelt, das außerschulische Sprachförderung systematisch aufbaut und sie fest in die Strukturen des Stadtstaats verankert. Die Stiftung Mercator stellt im Rahmen eines Matching Funds rund 500.000 Euro für das Vorhaben bereit. Die Hansestadt Hamburg, Behörde für Schule und Berufsbildung, hat sich im Gegenzug verpflichtet, das Förderangebot nach der Modellphase für drei weitere Jahre im selben Umfang weiter zu finanzieren und langfristig in die Regelstrukturen einzubinden.

Im „Mercator-FörMig-Treff“ in Hamburg erhalten seit 2006 Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund außerhalb der Schule eine individuelle sprachliche und fachliche Förderung durch Lehramtsstudierende in den Räumen der Universität. In der Hansestadt richtet sich das Förderangebot an Schüler der Klassenstufen 4 bis 13, die ein hohes Bildungspotenzial besitzen und mithilfe zusätzlicher Förderung das Abitur erwerben können. Die Stiftung Mercator unterstützt den Förderunterricht an 34 weiteren Standorten in Deutschland.

„Dass unser Förderunterricht die Bildungschancen von Schülern mit Migrationshintergrund erhöht, belegt eine aktuelle Studie, die wir beim europäischen forum für migrationsstudien (efms), einem Institut an der Universität Bamberg, in Auftrag gegeben haben. Zur Weiterentwicklung und Verstetigung unseres Fördermodells, das wir seit Anfang 2000 mit insgesamt 10 Millionen Euro unterstützen, haben wir einen Matching Fund aufgelegt. Mit der Universität Hamburg, die das Projekt wissenschaftlich begleitet und durchführt und der Behörde für Schule und Berufsbildung haben wir starke Partner gefunden, um den

Förderunterricht in das Regelsystem zu integrieren“, so Dr. Bernhard Lorentz, Vorsitzender der Geschäftsführung der Stiftung Mercator.

Die Senatorin für Schule und Berufsbildung der Freien und Hansestadt Hamburg, Christa Goetsch erklärt: „Wir haben uns zum Ziel gesetzt, alle Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern und das erfordert auch eine stärkere Berücksichtigung der sprachlichen Heterogenität im Unterricht. Das Transfermodell des Förderunterrichts der Stiftung Mercator trägt diesen Erfordernissen Rechnung: Lehramtstudierende erwerben die entsprechende Unterrichtserfahrung, schulische und außerschulische Bildungsangebote in der Stadtregion werden vernetzt und der Bildungserfolg von Schülern mit Migrationshintergrund wird gefördert. Damit passt der Förderunterricht in mehrfacher Hinsicht zu unseren Bildungsinnovationen.“

Prof. Dr. Ursula Neumann von der Universität Hamburg, erläutert die Handlungsfelder des Konzepts: „Mit der Weiterentwicklung des „Mercator-Förmig-Treffs“ können wir unsere Expertise in den Prozess bildungspolitischer Innovationen einbringen. So nehmen wir an regionalen Schulentwicklungskonferenzen zur Einführung der neuen Schulstruktur teil und binden die Rolle des Förderunterrichts und seine Etablierung in die Regelstrukturen in den Diskussionsprozess mit ein. Im Hinblick auf die Reform der Lehrerbildung streben wir die Realisierung eines Kernpraktikums im Zusammenhang mit dem Förderunterricht an. Der dritte Eckpfeiler ist die Bildung regionaler (Sprach-) Fördernetze zwischen unterschiedlichen Bildungsträgern – gute Erfahrungen machen wir dabei mit Migrant*innenorganisationen und den Bücherhallen. Wir wollen Synergien in der Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund schaffen und das Projekt nachhaltig in den Stadtregionen verankern. Am Ende des Prozesses werden wir Handlungsempfehlungen für die Implementierung und Etablierung von Förderunterricht im Stadtstaat aufzeigen.“

Über die Stiftung Mercator:

Die Stiftung Mercator gehört zu den großen deutschen Stiftungen. Sie initiiert und unterstützt Projekte für bessere Bildungsmöglichkeiten an Schulen und Hochschulen. Im Sinne Gerhard Mercators fördert sie Vorhaben, die den Gedanken der Weltoffenheit und Toleranz durch interkulturelle Begegnungen mit Leben erfüllen und die den Austausch von Wissen und Kultur anregen. Die Stiftung zeigt neue Wege auf und gibt Beispiele, damit Menschen – gleich welcher nationalen, kulturellen und sozialen Herkunft – ihre Persönlichkeit entfalten, Engagement entwickeln und Chancen nutzen können. So will sie Ideen beflügeln. Ihre Arbeitsweise ist geprägt von einer unternehmerischen, internationalen und professionellen

Haltung. Dem Ruhrgebiet, der Heimat der Stifterfamilie, fühlt sie sich in besonderer Weise verbunden.

Über den Senat:

Der Hamburger Senat hat am 19. Dezember 2006 ein Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern beschlossen. Das Konzept umfasst alle wichtigen Handlungsfelder der Integration: „Sprache, Bildung und Ausbildung“, „Berufliche Integration“, „Soziale Integration“, „Zusammenleben in der Stadt“ und „Zuwanderungsfreundliches Hamburg“. Für jedes Handlungsfeld wurden konkrete Ziele und Maßnahmen genannt und in Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen der jeweiligen Behörde und der Senatskanzlei festgeschrieben. Das Thema hat eine hohe gesellschaftliche und politische Bedeutung. Deshalb wurde eine Leitstelle für die Integration und Opferschutz, LIZ, in der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) eingerichtet, die den Umsetzungsprozess steuert.

Über die Universität:

Am Institut für International und Interkulturell Vergleichende Erziehungswissenschaft wird in zahlreichen Projekten zu Themen der Interkulturellen Bildung geforscht und eine entsprechende Lehre und Nachwuchsförderung verankert. Forschung und Lehre soll dem fachlichen Anspruch gerecht werden, Verschiedenheit zu thematisieren und ein Selbstverständnis von Mehrsprachigkeit zu fördern. Ziel der „Arbeitsstelle interkulturelle Bildung“ ist neben Forschung, Lehre und der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses die Verbindung von Empirie und wissenschaftlicher Theoriebildung mit der pädagogischen Praxis. Hierzu leistet der Mercator-FörMig-Treff einen wesentlichen Beitrag: Die studentischen Förderlehrkräfte werden durch Seminare und regelmäßige Fortbildungsveranstaltungen gezielt auf ihre Unterrichtstätigkeit in den Förderkursen und damit auch auf ihre spätere Berufstätigkeit in der Schule vorbereitet und qualifiziert.

Bei Fragen sprechen Sie uns gerne an:

Christiane Reusch

Leiterin Kommunikation

Stiftung Mercator

Tel.: + 49 (0) 201 245 22 42

E-Mail: reusch@stiftung-mercator.de

Prof. Dr. Ursula Neumann

Projektleitung Mercator-FörMig-Treff

Universität Hamburg

Tel.: + 49 (0) 40 42838 2170

E-Mail: neumann@erzwiss.uni-hamburg.de

<http://www2.erzwiss.uni-hamburg.de/foermig-treff/dasprojekt/index.html>

Kontakt Behörde für Schule und Berufsbildung

Oberschulrätin Helga Büchel

Tel.: + 49 (0) 40 42863 3559

E-Mail: helga.buechel@bsb.hamburg.de

27. April 2009/bwa27

Bildungszentrum mit internationaler Strahlkraft Senatoren Christa Goetsch und Axel Gedaschko feiern Richtfest des „Hamburg Centre of Aviation Training“ - Europas erste Lernort- kooperation von Luftfahrtindustrie, Hoch- und Gewerbeschulen

Talente sind in der Luftfahrtindustrie die Triebwerke der wirtschaftlichen Entwicklung. Hamburg hat das früh erkannt und vor neun Jahren die Qualifizierungsoffensive Luftfahrtindustrie gegründet. Ein Meilenstein in der Entwicklungsarbeit und bauliches Symbol für die außerordentliche Vernetzung und Innovationskraft am Luftfahrtstandort ist das „Hamburg Centre of Aviation Training“ (HCAT), dessen Richtfest heute mit über hundert Gästen aus Politik, Wirtschaft und Bildungswesen auf dem Gelände der Gewerbeschule G15 in Hamburg-Borgfelde gefeiert wird.

Am HCAT vernetzen die Luftfahrtindustrie, Hoch- und Gewerbeschulen in einer „Public Private Partnership“ die bedarfsorientierte Qualifizierung. Die schulische, betriebliche und akademische Ausbildung unter einem Dach ist ein in Europa einmaliger Ansatz. Akteure sind die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB), die Behörde für Wirtschaft und Arbeit (BWA), die Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF), die Gewerbeschule für Fertigungs- und Flugzeugtechnik G15 und die Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW Hamburg) sowie als Unternehmen Lufthansa Technical Training und Airbus. Ziel ist es, in den Bereichen Weiterbildung, Anpassungsqualifizierung und akademische Ausbildung luftfahrtspezifisches Personal zu gewinnen. Schwerpunkte sind Avionik/Elektronik, Kabine/Kabinensysteme und moderne Fertigungsverfahren/neue Werkstoffe.

Schulsenatorin Christa Goetsch: „Nicht nur das Behördenübergreifende, sondern auch das Lernortübergreifende der beteiligten Partner haben mich von Anfang an fasziniert. Ich freue mich daher sehr über die gelungene Kooperation der unterschiedlichen Akteure aus drei Behörden, zwei großen Luftfahrtunternehmen, einer Hoch- und einer Gewerbeschule sowie die erfolgreiche Koordination der Nutzung mit dem einen gemeinsamen Ziel: den Erfolgsfaktor Personal zu stärken.“

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko: „Das HCAT wird den Luftfahrtstandort Hamburg als internationales Bildungszentrum im Luftfahrtbereich etablieren. In der aktuellen Finanz- und Konjunkturkrise ist dieses Signal für den Wirtschaftsstandort Hamburg von besonderer Bedeutung: Nur mit hervorragend ausgebildeten Fach- und Führungskräften, die innovative

Ideen in qualitativ hochwertige Produkte und Dienstleistungen umsetzen, haben wir die Chance, unsere Position als eines der weltweit führenden Luftfahrtstandorte im harten Wettbewerb zu festigen.“

Der traditionelle Richtkranz weht auf dem Gebäudeteil I des HCAT, der im Februar 2010 in Nutzung gehen soll. Das HCAT I dient vornehmlich als Schulungszentrum für die Ausbildung von Luftfahrttechnikern im neuen Schwerpunkt Avionik. Der Gebäudeteil II - die Halle, die ein Jahr später in Betrieb gehen soll - ist vorwiegend für die akademische Ausbildung durch die HAW Hamburg gedacht, kann aber auch von Lufthansa Technical Training, Airbus, der Gewerbeschule 15 und weiteren Firmen genutzt werden. Das Gesamtvolumen wird sich für die Bau- und Einrichtungskosten auf rund 10 Millionen Euro belaufen, von denen die Behörde für Wirtschaft und Arbeit 7,195 Millionen Euro übernimmt.

Hans-Werner Lüers, Schulleiter der Staatlichen Gewerbeschule G15 und Hausherr des HCAT: „Mit dem ersten Bauabschnitt und dem neuen Schwerpunkt Avionik/Elektronik in der Technikerausbildung werden wir in der Lage sein, auf die zukünftigen Herausforderungen zu reagieren. Wir gehen davon aus, dass mit dem aktuellen Wandel in der Flugzeugherstellung vom „more electrical aircraft“ zum „all electrical aircraft“, was sowohl beim A380 und A350 als auch beim Dreamliner von Boeing erkennbar ist, sich auch die Qualifizierungsbedarfe qualitativ und quantitativ verändern werden.“

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

30.04.09/bwf30

Online-Bürgerforum zur Uni-Bauentwicklung beendet Wissenschaftsstaatsrat Bernd Reinert kündigt Berücksichtigung der Ergebnisse in der Senatsentscheidung an

Nach drei intensiven Diskussionswochen ist gestern das am 6. April gestartete Online-Bürgerforum zur Uni-Bauentwicklung zu Ende gegangen. Insgesamt wurde das Bürgerforum in den drei Wochen 80.307 mal angeklickt und 4.644 Personen haben die Plattform besucht. An der Diskussion beteiligten sich 218 Teilnehmer mit insgesamt 744 Beiträgen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben die Vor- und Nachteile der vier Entwicklungsszenarien aus den jeweiligen Perspektiven intensiv erörtert. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, welche Konsequenzen ein Umzug der Universität auf den Grasbrook haben würde. Während sich viele Teilnehmer klar für oder gegen einen Umzug aussprachen, wurde im Laufe der Diskussion aber auch nach Möglichkeiten eines Interessenausgleichs gesucht.

Während verschiedener Online-Live-Chats haben sich die Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach, die Universitätspräsidentin Prof. Dr. Monika Auweter-Kurtz, der Oberbaudirektor Jörn Walter, die Bezirksamtsleiter Markus Schreiber (Mitte) und Dr. Jürgen Mantell (Eimsbüttel), der AstA-Vorsitzende Benjamin Gildemeister und der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Rüdiger Kruse den Fragen der Teilnehmer direkt gestellt.

Das Forum bleibt weiterhin unter der Adresse www.zukunft-uni.hamburg.de online und einsehbar. Die gesamte Diskussion wird nun von der TU Tech ausgewertet. Mitte Mai wird die Behörde für Wissenschaft und Forschung die Ergebnisse der Öffentlichkeit vorstellen.

Staatsrat Bernd Reinert (BWF): „Ich freue mich über die engagierte Debatte im Bürgerforum. Es wurde leidenschaftlich, aber auf einem sehr hohen inhaltlichen Niveau diskutiert. Die BWF wird sich nun mit den vorgebrachten Argumenten und Standpunkten auseinandersetzen. Die Ergebnisse des Online-Forums werden in die Senatsentscheidung mit einfließen.“

Für Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Klaus v. Lepel,

Tel.: 040 42863-2282, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de, www.bwf.hamburg.de

27. April 2009/bsg27

RKI gibt Empfehlungen im Umgang mit Schweine-Influenza

Wie das Robert-Koch-Institut (RKI) mitteilt, sind in den USA und vor allem in Mexiko insgesamt mehrere hundert Menschen an Schweine - Influenza erkrankt. Die Erkrankung wurde demnach durch ein neuartiges Influenzavirus verursacht. Für die Bevölkerung in Deutschland wird nach Auskunft des RKI derzeit keine allgemeine Gefährdung durch die Schweinegrippe gesehen.

Dennoch gilt auch in Hamburg, wie in allen Bundesländern, eine erhöhte Aufmerksamkeit. „Die Gesundheitsbehörde steht im engen Austausch mit den anderen Bundesländern, dem RKI wie auch mit den anderen Hamburger Behörden und Institutionen, um die Situation täglich aktuell einzuschätzen und zu bewerten“, so Gesundheitssenator Dietrich Wersich. „Der Hafen- und Flughafenärztliche Dienst der Gesundheitsbehörde ist stetig am Flughafen präsent um bei evtl. Verdachtsfällen sofort aktiv werden zu können.“ Bislang war dies allerdings nicht notwendig. Die Hamburger Krankenhäuser und Ärzte wurden ebenfalls vorsorglich über die Situation informiert.

Nach Auskunft des RKI sind die Symptome ähnlich wie bei saisonaler Influenza, vor allem Fieber, Atemwegsbeschwerden und Gliederschmerzen. Jörg Hacker, Präsident des RKI erläutert dazu in der Pressemitteilung, dass sich Deutschland auf eine solche Situation in den vergangenen Jahren vorbereitet hat, u. a. mit dem von Bund und Ländern getragenen Nationalen Pandemieplan. Dieser enthält Maßnahmen, Aufgaben und Handlungsempfehlungen und erläutert die wissenschaftlichen Zusammenhänge der Pandemieplanung.

Derzeit ist laut RKI nur Amerika betroffen, aber in anderen Kontinenten gäbe es erste Verdachtsfälle. Es sei denkbar, dass einzelne Influenzafälle durch Reisende eingeschleppt werden. Das RKI hat daher die bestehenden Empfehlungen zum Vorgehen in solchen Situationen gemeinsam mit den Bundesländern und dem Bundesministerium für Gesundheit an die aktuelle Situation angepasst und den Bundesländern zur Verfügung gestellt.

Die Pressemitteilung des RKI finden Sie auch online unter www.rki.de.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz;
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet:
www.hamburg.de/bsg

28. April 2009/bsg28b

Auszeichnung für DJ und Jugendzentrum im Kampf gegen Gehörschäden

Staatsrat Voges verleiht anlässlich des „Tag gegen Lärm“ erstmals
Qualitätssiegel „Freiwillig kontrollierte Lautstärke“

Der Staatsrat der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) Dr. Michael Voges und die Leiterin der Landesvertretung Hamburg der Techniker Krankenkasse (TK), Angelika Schwabe, haben heute erstmals das Qualitätssiegel „Freiwillig kontrollierte Lautstärke“ verliehen. Das Jugendzentrum JUNO 23 und der mobile Diskjockey Claus Jokubeit (Disco-Express) wurden anlässlich des morgigen „Tag gegen Lärm“ für ihre Maßnahmen zum Gehörschutz ihrer Gäste ausgezeichnet. Das Siegel ist Teil eines Paketes verschiedener Aktivitäten der BSG um überlaute Musik im Freizeitbereich zu senken und insbesondere junge Menschen vor Gehörschäden zu schützen.



„Gut ein Viertel der Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat bereits bleibende Hörminderungen. Und das, obwohl sie noch nie in Lärmberufen gearbeitet haben“, so **Gesundheitssenator Dietrich Wersich** zur Auszeichnung. „Gerade Diskobesucher sind durch überlaute Musik, die zudem nichts mehr mit Spaß zu tun hat, gefährdet. Diese Gefährdung gilt es einzuschränken! Sowohl der Disco-Express als auch das Jugendzentrum JUNO 23 haben mit freiwilligen Schutzmaßnahmen reagiert und nehmen ihre Verantwortung für die Gesundheit ihrer Gäste wahr. Doch leider ist dies, trotz verschiedener Initiativen meiner Behörde, immer noch die Ausnahme.“

"Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass sich die Hörgewohnheiten von Jugendlichen ändern", fordert **Angelika Schwabe, Leiterin der TK in Hamburg**. "Wenn wir das nicht schafften, gehen wir davon aus, dass die Zahl der Jugendlichen mit einem bleibenden Hörschaden in

einigen Jahren dramatisch steigen wird. Bei der Verordnung von Hörgeräten verzeichnen wir pro Jahr einen Anstieg von rund 25 Prozent. Wir hoffen sehr, dass die heutige Preisverleihung ein wirksames Signal setzt und viele Nachahmer findet."

Das Präventionsprojekt "**Qualitätssiegel Freiwillig kontrollierte Lautstärke**", bei dem die TK Projektpartner ist, appelliert an die Eigenverantwortung der Betreiber von Diskotheken und Musikclubs, den Gesundheitsschutz ihrer Gäste ernst zu nehmen. Die ersten ausgezeichneten Hamburger Kandidaten, der mobile Diskjockey Claus Jokubeit (Disco-Express) und das Jugendzentrum JUNO 23 in Altona, haben mit ihrer Arbeit und ihrem Engagement direkten Kontakt zu Jugendlichen und jungen Erwachsenen und erfüllen die Kriterien für das Qualitätssiegel: Sie messen den Schallpegel, zeigen ihn dem DJ und den Gästen an und haben den Sachkundenachweis "DJ-Führerschein" erworben.

Sollten die Initiativen der BSG nicht zu weiteren Erfolgen führen, so schließt Wersich verpflichtende Regelungen nicht aus. „In Hamburger Diskotheken liegt die Lärmbelastung nach unseren Messungen vielfach deutlich über 100 Dezibel. Das ist im Sinne des Gesundheitsschutzes nicht akzeptabel“, so **Wersich**. „Bereits 100 Dezibel entsprechen etwa der Lautstärke eines Presslufthammers in zehn Meter Entfernung. Sie sind bereits eine erhebliche Belastung des Gehörs und können zu unheilbaren Schäden führen. Sollten freiwillige Maßnahmen nichts bewegen, brauchen wir weitergehende Regelungen.“ Derartige Regelungen, z.B. um die die Dezibelhöchstwerte zu begrenzen, existieren bereits in anderen europäischen Ländern, wie Italien oder Schweden. Musik unter 100 Dezibel verringert das Risiko für Hörschäden bereits deutlich.

Hintergrundinformationen

Messungen der BSG auf 28 Tanzflächen von Diskotheken und Tanzlokalen haben 2007/2008 gezeigt, dass 90 Prozent der Schallpegel mit 100 Dezibel und darüber deutlich im gesundheitsschädigenden Bereich liegen. Arbeitnehmer müssen ab 85 Dezibel Gehörschutz tragen. Ein Aufenthalt von nur einer Stunde bei 101 Dezibel oder von nur 15 Minuten bei 107 Dezibel hat das gleiche Schädigungspotential wie eine 40-Stunden-Arbeits-Woche mit 85 Dezibel.

Zu den Ausgezeichneten

Jugendzentrum JUNO 23, Notkestrasse 23, 22607 Hamburg Altona, Stadtteil Bahrenfeld

- Das Jugendzentrum ermöglicht den Jugendlichen Instrumenten- und Gesangsunterricht bei Profimusikern. Die Jugendlichen gründen Bands und geben Konzerte für Freunde und Familie. Sie lernen verschiedene Jugendkulturen wie Punk, Gothic oder HipHop kennen und tauschen sich über die Musik und Texte aus.
- Lautstärkemessungen und Pegelanzeige sensibilisieren die Jugendlichen für die Gefährdung des Gehörs durch überlaute Musik.
- Zwei Personen im JUNO 23 haben sich fortgebildet mit dem „DJ-Führerschein“.

Mobiler Diskjockey Claus Jokubeit (Disco-Express)

- Claus Jokubeit (Disco-Express) ist Pionier bei der Anschaffung eines Schallpegelmessgeräts mit Pegelanzeige.
- Er absolvierte als einer der Ersten den DJ-Führerschein, beim Seminar in Hamburg 2005.
- Er war Teilnehmer am Technik-Seminar „Guter Sound unter 100 Dezibel“ 2007, einer Fortbildungsveranstaltung der Behörde für Soziales und Gesundheit und dem Musikwissenschaftlichen Institut der Uni Hamburg.

Was ist der „Tag gegen Lärm“?

Der „Tag gegen Lärm“ (www.tag-gegen-laerm.de) ist die deutsche Variante des internationalen „Noise Awareness Day“ („Lärm-Bewußtseins-Tag“). Dieser geht zurück auf die über 90 Jahre alte Organisation in den USA „League for the Hard of Hearing“. Mit dem Aktionstag der Deutschen Gesellschaft für Akustik wird auf das Problem Lärm, seine negativen Folgen und Möglichkeiten zur Lärminderung aufmerksam gemacht.

Eine druckfähige Datei des Qualitätssiegels für Presseveröffentlichungen ist über das Pressereferat der BSG erhältlich.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz;
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78,
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

28. April 2009/bsg28

Mehr Verbraucherschutz für betreuungsbedürftige Menschen in Hamburg

Neues Heimgesetz: Sozialbehörde legt Referentenentwurf zur Beratung vor

Mehr Transparenz, mehr Qualität, mehr Verbraucherschutz bei weniger Bürokratie, damit der Mensch bei der Pflege und Betreuung im Mittelpunkt steht – das sind die Ziele des neuen Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetzes, für das die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz dem Senat heute einen Referentenentwurf vorgelegt hat. Im nächsten Schritt wird der Entwurf mit Trägern, Verbänden und Bezirken beraten werden. Nach Bürgerschaftsbeschluss soll das geplante „Hamburgische Gesetz zur Förderung der Wohn- und Betreuungsqualität älterer und betreuungsbedürftiger Menschen“ dann das bisherige, bundesweit einheitliche Heimgesetz ablösen.

Sozialsenator Dietrich Wersich: „Der Mensch, seine Bedürfnisse, aber auch Mitwirkung und Selbstbestimmung sollen bei der Pflege und Betreuung im Mittelpunkt stehen. Wir wollen weniger Bürokratie, mehr Qualität, mehr Transparenz und Verbraucherrechte. Hierfür legen wir mit dem Gesetzentwurf die Grundlage. Jetzt folgt die Beratung mit den Trägern und Verbänden, um dieses Vorhaben gemeinsam weiter voranbringen zu können.“

Warum ein eigenes Landesgesetz für Hamburg?

In Folge der Föderalismusreform aus dem Jahr 2006 ist die Zuständigkeit für das Heimrecht auf die Länder übergegangen. Das seither noch geltende Bundesgesetz entspricht heute nicht mehr den Vorstellungen vom Leben als älterer, behinderter oder pflegebedürftiger Menschen in stationären Betreuungseinrichtungen. Auch das Angebotsspektrum stellt sich heute anders dar, es gibt mehr moderne, kleinere Wohn-Pflegeformen und Angebote der ambulanten Betreuung. Hamburg nutzt deshalb die Chance zur Entwicklung eines zeitgemäßen Landesgesetzes, das den veränderten Bedürfnissen älterer, behinderter und betreuungsbedürftiger Menschen Rechnung trägt. Während sich der Anwendungsbereich des bisherigen Bundesgesetzes im Wesentlichen auf Heime beschränkt, soll die geplante Hamburger Neuregelung auch Einrichtungen des Servicewohnens (ehemals „Betreutes Wohnen“), Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz oder Behinderungen sowie Pflegedienste und Dienste der Behindertenhilfe umfassen. Damit werden künftig auch die

Interessen älterer, behinderter und betreuungsbedürftiger Menschen im eigenen Wohnraum, in Wohngemeinschaften und im sogenannten Betreuten Wohnen berücksichtigt.

Der Gesetzentwurf stärkt den Verbraucherschutz, verbessert die Transparenz und ermöglicht Vielfalt sowie eine flexible Weiterentwicklung der Angebote. Damit gewährleistet er eine hohe Lebensqualität für pflege- und betreuungsbedürftige Menschen in Hamburg.

Verbraucherrechte stärken, Leistungen transparenter gestalten

Ein zentrales Ziel des Gesetzentwurfes ist der Schutz der Verbraucher. Der Entwurf sorgt in einem gestuften Verfahren für mehr Informationsmöglichkeit und schafft größere Transparenz über die Leistungen und Kosten. Unter anderem sind die folgenden Inhalte geplant:

- Pflegebedürftige und behinderte Menschen sowie ihre Angehörigen haben einen Rechtsanspruch auf unabhängige Beratung von Seiten der Behörde oder einer anerkannten Beratungsstelle, zum Beispiel wenn es um die Auswahl geeigneter Wohn- und Betreuungsformen geht oder das Vorgehen bei Beschwerden;
- Leistungserbringer werden verpflichtet, pflegebedürftige und behinderte Menschen bzw. ihre Angehörigen vor Vertragsabschluss in verständlicher Form über Art, Umfang, Preise und Grenzen ihres Angebotes zu informieren und damit größere Transparenz über Leistungen und Kosten zu schaffen;
- Leistungserbringer haben die Nutzer regelmäßig zu ihrer Zufriedenheit zu befragen und die Ergebnisse zu veröffentlichen;
- zur besseren Transparenz wird die Heimaufsicht zudem ihre Prüfergebnisse veröffentlichen. Darüber hinaus können die Nutzer die Betreuungsdokumentation der Einrichtung einsehen.

Auf diese Weise sollen Menschen mit Betreuungsbedarf in die Lage versetzt werden, sich bewusst für eine geeignete Wohn- und Betreuungsform sowie einen entsprechenden Leistungsanbieter zu entscheiden und ihre Rechte besser wahrzunehmen.

So viel Kontrolle wie nötig, so viel Eigenverantwortlichkeit wie möglich

Mit einer festgeschriebenen Fachkraftquote von 50 Prozent und regelhaften, jährlichen Kontrollen wird die Qualität in Heimen gesichert und dem Schutz der Nutzer Rechnung getragen. In alternativen Wohn- und Betreuungskonstellationen, die die Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Nutzer voraussetzen und unterstützen (wie Wohngemeinschaften, Servicewohnanlagen) sind anlassbezogene sowie stichprobenartige

Prüfungen vorgesehen. Auf diese Weise erfolgt so viel Kontrolle wie nötig, um die Qualität der Pflege zu sichern. Auf der anderen Seite werden Menschen, die ihre Interessen selbst vertreten können, in ihrer Eigenverantwortlichkeit und der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützt und gestärkt.

Weniger Bürokratie, mehr Innovation und Weiterentwicklung

Der Gesetzentwurf sorgt für eine Entbürokratisierung mit dem Ziel, dass sich die Einrichtungen und Stellen wieder stärker auf ihre Aufgaben rund um den Menschen und seine Bedarfe konzentrieren können. Unnötiger bürokratischer Aufwand für Einrichtungen der Pflege- und Eingliederungshilfe soll u. a. durch eine klare Aufgabenverteilung der zuständigen Behörde, dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) und dem Sozialhilfeträger bei Qualitätsprüfungen vermieden werden. Auch sieht das geplante Gesetz vor, alternative Wohn- und Betreuungsformen durch abgestufte Maßstäbe bei der Mitteilungspflicht zu unterstützen und zu fördern. In der Folge können Leistungsanbieter ihr Konzept ohne bürokratische Hürden bedarfsgerecht und nutzerorientiert weiterentwickeln.

Qualität wird gefördert und zahlt sich aus

Der Gesetzentwurf verfolgt das Ziel, die Qualität der Pflege und Betreuung weiterzuentwickeln und zu fördern. Durch eine Verpflichtung der Anbieter, ein Qualitäts- und Beschwerdemanagement einzurichten, sollen die Interessen der Nutzer gestärkt werden. Außerdem soll sich Qualität für die Leistungsanbieter auszahlen: Bei positiv bestandener Regelüberprüfung sollen sie eine Prüfungsbestätigung erhalten, mit der sie für ihre Einrichtung werben und damit ihre gute Qualität auch nach außen sichtbar machen können.

Weiteres Verfahren

Der Gesetzentwurf wird ab Mai mit Trägern, Verbänden und Bezirken diskutiert werden. Nach der Beratung und gegebenenfalls Ergänzungen/Änderungen folgt eine erneute Senatsbefassung. Zielsetzung ist es, den dann abgestimmten und vom Senat beschlossenen Gesetzentwurf im Sommer der Hamburgischen Bürgerschaft als Gesetzgeber zuzuleiten.

Der Referentenentwurf ist ab sofort im Internet unter www.hamburg.de/pflege einsehbar.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Jasmin Eisenhut, Tel.: 42863-28 89, E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de

Hintergrundinformation: Situation pflegebedürftiger und behinderter Menschen in Hamburg

Menschen mit Pflegebedarf: In Hamburg haben rd. 41.400 Menschen einen Pflegebedarf im Sinne der Pflegeversicherung, davon sind rd. 35.800 im Seniorenalter (60 Jahre und älter). Etwa 13.100 der Pflegebedürftigen leben in Heimen, 28.300 in Wohnungen. Für sie gibt es in Hamburg mehr als 110 betreute Wohnanlagen mit 9.800 Wohnungen, rd. 140 Alten- und Pflegeheime mit etwa 16.700 Plätzen, 380 Ambulante Pflegedienste sowie weitere Angebote wie Tagespflegeeinrichtungen und niedrigschwellige Betreuungsangebote.

Beratung zum Thema Pflege bieten die bezirkliche Seniorenberatung in den Sozialen Dienstleistungszentren, das Pfl egetelefon Hamburg (Tel. 040/28053822) sowie zahlreiche spezielle Beratungsstellen z.B. zu Pflege von Demenzkranken. Außerdem befinden sich zurzeit zunächst acht Pflegestützpunkte und ein Spezialpflegestützpunkt im Aufbau, die unabhängige Beratung zu allen Belangen der Pflege bieten.

Menschen mit Behinderungen: Rund 4.500 Menschen mit Behinderungen werden in Hamburg im Rahmen der Eingliederungshilfe in rd. 240 stationären Behinderteneinrichtungen betreut. Rund 5.500 Menschen mit Behinderungen erhalten ambulante Dienstleistungen von ca. 180 Assistenzdiensten.

Beratung für Menschen mit Behinderungen bietet neben verschiedenen unabhängigen Beratungsstellen das Fachamt Eingliederungshilfe im Bezirksamt Wandsbek zentral für alle Eingliederungshilfeberechtigten in Hamburg an.

29. April 2009/bsg29

Impuls gegen Zwangsheirat – europaweit!

Brüssel: Sozialbehörde stellt europäischen Handlungsleitfaden vor

Zwangsheiraten sind ein europäisches Problem. Um Zwangsheiraten länderübergreifend bekämpfen und den Opfern zielgerichteter helfen zu können, wurde in den vergangenen zwei Jahren im Rahmen eines Hamburger EU-Projektes ein länderübergreifender Handlungsleitfaden entwickelt. Der Handlungsleitfaden mit dem Titel „Aktiv gegen Zwangsheirat“ umfasst 29 Empfehlungen zur Prävention und Hilfe bei Zwangsheiraten. Er wird heute von der Sozialbehörde im HanseOffice in Brüssel vorgestellt.

Senator Dietrich Wersich: „Ich finde es selbstverständlich, dass sich jeder und jede seinen Lebenspartner selber aussuchen kann. Zwangsheirat darf nicht toleriert werden! Wir wollen über Hamburg hinaus mit diesem Projekt ‚Aktiv gegen Zwangsheirat‘ dazu beitragen, das Schweigen über und die Akzeptanz von Zwangsverheiratungen aufzubrechen. Ich freue mich, dass wir dafür Partner in der Europäischen Union und in der Türkei gefunden haben.“

Der Handlungsleitfaden ist das Ergebnis eines zweijährigen, von Hamburg initiierten EU-Projektes „Aktiv gegen Zwangsheirat“, in dem Hamburg gemeinsam mit europäischen Partnern Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung von Zwangsheiraten entwickelt hat. Hierzu fanden Konferenzen unter anderem in Hamburg, London, Istanbul, Wien, Amsterdam und Stockholm statt. Die dabei entwickelten 29 Handlungsempfehlungen spiegeln praxiserprobte Beratungsansätze, Strategien und Konzepte auf den Ebenen Prävention und Intervention wider.

Die Handlungsempfehlungen richten sich in erster Linie an Entscheidungstragende aus Politik und Verwaltung. Wesentliche Handlungsempfehlungen sind:

im Bereich Prävention

- Zwangsheirat sollte Gegenstand des Schulunterrichts sein, zudem sollte Informationsmaterial an Schulen verteilt werden.
- Lehrer sollten qualifiziert werden, um Risikofaktoren für Zwangsheiraten erkennen und adäquat reagieren zu können.

- Maßnahmen kultursensibler Elternarbeit sollten entwickelt und gefördert werden. Um traditionelle Rollenbilder abzubauen, sollte zudem kultursensible Arbeit mit Jungen gefördert werden.
- Es sollten Selbststärkungskurse für Betroffene durchgeführt werden.
- Neu zugewanderten Menschen sollten Willkommenspakete mit Informationen über Unterstützungsangebote für von Zwangsheirat Betroffene zur Verfügung gestellt werden.

im Bereich Intervention

- Es sollten mehrsprachige Telefon-Hotlines zur Beratung und Notfallhilfe eingerichtet werden.
- Die Beratung zum Thema Zwangsheirat sollte zielgruppenspezifisch, interkulturell und mehrsprachig ausgerichtet sein.
- Es sollten betreute Wohnprojekte für von Zwangsheirat Betroffene entwickelt und gefördert werden.
- Mitarbeiter von Beratungseinrichtungen sollten für die Problematik Zwangsheirat speziell sensibilisiert und fortgebildet werden.
- Täterprogramme sowie täterbezogene Interventionsstrategien sollten überprüft werden, ob sie den Problemlagen von Migrantinnen und Migranten und dem besonderen Schutzbedürfnis der Opfer gerecht werden.

im Bereich internationale Aktivitäten

- Bei einer drohenden Zwangsverheiratung im Ausland sollten vor Ort Beratung und Information vorgehalten werden. Zudem sollten die Betroffenen durch die zuständige Botschaft unterstützt werden.
- Nationale und lokale Behörden sollten mit Botschaften, Behörden und Nichtregierungsorganisationen aus Herkunftsländern der besonders von Zwangsheirat gefährdeten Personen zusammenarbeiten. Dabei sollten Projekte und Sensibilisierungsmaßnahmen im Ausland finanziert und unterstützt werden.

Die insgesamt 29 Handlungsempfehlungen werden heute Nachmittag im Rahmen der Abschlusskonferenz zum EU-Projekt im Hanse-Office in Brüssel vorgestellt.

Die Präsentation des Leitfadens heute war durch Senator Wersich persönlich vorgesehen, der aber aufgrund der der aktuellen Entwicklung zur Schweinegrippe in Hamburg blieb. Die Vorstellung wurde von der Leiterin des Referats Opferschutz der BSG, Frau Isabel Said, übernommen.

Die Veranstaltung richtet sich unter anderem an Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Vertreter der Europäischen Kommission sowie des Europarates und an die Regionalvertretungen der Bundesländer bei der Europäischen Union. Zielsetzung ist, dass auf Grundlage der Handlungsempfehlungen sowohl auf nationaler, europäischer als auch internationaler Ebene neue innovative Handlungsansätze zur Bekämpfung von Zwangsheiraten und zum besseren Opferschutz entwickelt werden. In Hamburg werden die Handlungsempfehlungen im Integrationsbeirat diskutiert werden, um das städtische Hilfe- und Unterstützungssystem entsprechend weiterzuentwickeln.

Den Handlungsleitfaden sowie weitere Informationen zum Hamburger EU-Projekt „Aktiv gegen Zwangsheirat“ gibt es im Internet unter www.hamburg.de/zwangsheirat.

Zwangsheiraten in Hamburg und Deutschland

In Deutschland sind vor allem Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund von Zwangsheirat betroffen. Eine im Jahr 2006 in Hamburg durchgeführte Studie ergab, dass in rund 60 Beratungsstellen 210 Beratungsfälle zu erfolgter oder drohender Zwangsheirat vorlagen. Eine Studie* des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, im Rahmen derer 143 türkische Migrantinnen befragt wurden, ergab, dass 25 % ihren Partner vor der Hochzeit nicht kannten und bei 50 % der Partner von Verwandten ausgewählt wurde. 17 % von ihnen hatten das Gefühl, zur Ehe gezwungen worden zu sein.

Aktivitäten in Hamburg

Unter anderem mit dem Handlungskonzept „Aktiv gegen Zwangsheirat“ setzt sich der Hamburger Senat für eine Bekämpfung von unter Zwang durchgeführten Eheschließungen ein. Seit Mai 2007 fördert die Sozialbehörde im Rahmen des Handlungskonzeptes mit i.bera und LALE interkulturelle Opferberatungsstellen, deren Haushaltsansatz für die Jahre 2009/2010 mit insg. 215.000 Euro jährlich um rd. 140 % im Vergleich zu 2008 aufgestockt wurde. Beide Träger bieten kostenlose und anonyme Einzelfallberatung, Paar- und Familienberatung an. Außerdem führen sie Workshops an Schulen und Selbststärkungskurse durch. Die Sozialbehörde bietet für Fachkräfte der Jugendhilfe Fortbildungen zum Thema Zwangsheirat an, außerdem ist ein geregeltes Verfahren zum Umgang mit Betroffenen in Handlungsempfehlungen für die bezirklichen Jugendämter festgelegt. Zur Einrichtung eines Wohnprojektes für Frauen, die von Zwangsheirat betroffen oder bedroht sind, sind im Haushaltsplan zudem 320.000 Euro (für 2009) verankert. Die Planungen hierzu werden im 4. Quartal abgeschlossen sein.

Betroffene erhalten Hilfe und Unterstützung unter der Hotline-Rufnummer 040/22 62 26 27 (täglich 10 - 22 Uhr). Darüber hinaus bieten die Interkulturellen Opferberatungsstellen i.bera und LALE telefonische Beratung zum Thema Zwangsheirat an unter 0174/150 77 09 (montags 16 bis 17 Uhr, dienstags 13 bis 14 Uhr, mittwochs 9.30 bis 10.30 Uhr, donnerstags 10 bis 11 Uhr).

* Prävalenzstudie „Lebenssituation, Sicherheit, Gesundheit von Frauen in Deutschland“, 2005

Bei Interesse können Medienvertreter ein Postkartenmotiv „Zwangsheirat – Es gibt immer einen Ausweg!“ bei der Sozialbehörde abfordern. Das Postkartenmotiv stammt aus einer Kampagne der Interkulturellen Opferberatungsstellen i.bera und LALE, die im vergangenen Herbst gestartet wurde.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Jasmin Eisenhut
Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/bsg/

Terminkalender

Vom 4. Mai bis 10. Mai 2009

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Montag, den 04.05.2009

- 11:00** Handwerkskammer, Großer Saal, Holstenwall 12
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich der **Verabschiedung des Handwerkskammerpräsidenten Peter Becker**.
- Bürgermeisterin Christa Goetsch, Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck, Senatorin Dr. Herlind Gundelach, Senator Dietrich Wersich, Staatsrat Dr. Michael Voges, Staatsrat Dr. Nikolas Hill, Staatsrat Dr. Manfred Jäger und Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters nehmen teil.
- 13:00** Haus des Straßenverkehrs, Bullerdeich 36
Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters spricht beim **Jahrestreffen des Landesverbands Straßenverkehrsgewerbe Hamburg e.V.**
- 14:00** Klosterwall 6
Senator Dr. Till Steffen führt **Prof. Dr. Johannes Caspar, Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit, in sein Amt ein.**
- 18:00** Europa-Passage
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann hält ein Grußwort zur **Eröffnung der Aktionswoche „Europa unter einem Dach“**, in der sich diverse europäische Länder mit Ständen präsentieren.
- 18:30** Rathaus, Festsaal
Senator Dietrich Wersich spricht ein Grußwort beim **Senatsempfang anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Blinden- und Sehbehinderten Vereins Hamburg e.V.**
- 20:00** Hauptkirche St. Petri, Mönckebergstraße
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält ein Grußwort anlässlich der **Wiedereröffnung des Gemeindehauses.**

Dienstag, den 05.05.2009

- 10:00** Hamburg-Haus, Doormannsweg
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert spricht ein Grußwort zur **Eröffnung der Nationalen Tagung zum EU-Projekt Senior Drug Dependents and Care Structures – SDDCARE Altenpflege für Drogenabhängige.**
- 11:30** Hamburger Rathaus
Staatsrat Bernd Reinert begrüßt eine **Gruppe von 60 internationalen Schülern und 9 Lehrern** anlässlich des **Comenius-Treffens**, ein Projekt der Sankt-Ansgar-Schule in Hamburg zum Thema Biotechnologie.

- 14:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt teil an der **Preisverleihung „55. Europäischer Wettbewerb“**.
- 18:00** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **Senatsempfanges zum Bürgertag**.

Staatsrat Dr. Michael Voges nimmt teil.
- 19:30** ZEIT-Stiftung, Feldbrunnenstraße 56
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt teil am **Gesprächskreis zum Thema „Die Hamburger Bildungsoffensive – Neue Chancen auch für Familien“**.
- Mittwoch, den 06.05.2009**
- 12:00** Rathaus, Phönixsaal / Bürgermeistersaal
Bürgermeister Ole von Beust begrüßt die **HamburgAmbassadors** anlässlich ihres **4. Treffens in Hamburg**. Anschließend ist Staatsrat Dr. Volkmar Schön Gastgeber eines Senatsfrühstücks an dem auch Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann teilnimmt.
- 12:45** Hafenclub, Landungsbrücken 3
Bürgermeister Ole von Beust besucht das **Executive Port Meeting der Hamburg Port Authority (HPA)**.
- 15:00** Hotel Hafen Hamburg, Seewartenstraße 9
Senator Dietrich Wersich hält ein **Eingangsstatement zur 52. Jahrestagung der Krankenhausdirektoren Deutschlands** und nimmt an einer **Podiumsdiskussion** teil.
- 17:30** Drehbahn 36, Justizbehörde
Senator Dr. Till Steffen hält ein Grußwort anlässlich der **Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Suizidprävention im Strafvollzug**.
- 17:30** Empire Riverside Hotel, Bernhard-Nocht-Straße
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält ein Grußwort zum **Thema „Architektur – Kultur – Stadtentwicklung“** anlässlich der **Informationsveranstaltung des Partnerlandes Schweiz beim diesjährigen Hamburger Hafengeburtstag**.
- 18:00** Berlin, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Invalidenstr. 48
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt teil **am Empfang anlässlich des 75jährigen Jubiläums des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft**.
- 18:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Bürgermeister Ole von Beust begrüßt das **ADAC-Präsidium** anlässlich der **ADAC Hauptversammlung in Hamburg**.
- 19:00** Kunsthandlung Klose, Steinstraße 13
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält eine kurze Rede zum **100jährigen Jubiläum der Kunsthandlung Vera Klose**.

19:30 Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Prof. Dr. Karin v. Welck hält ein Grußwort anlässlich **des Empfangs der HamburgAmbassadors.**

Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt teil.

Donnerstag, den 07.05.2009

10:00 Hochschule für angewandte Wissenschaften, Berliner Tor 5
Senator Dr. Till Steffen hält den **Vortrag „Strafvollzug: Resozialisierung und Sicherheit – kein Widerspruch“** anlässlich der **Sonderlehrveranstaltung 60 Jahre Grundgesetz.**

11:00 Landungsbrücken
Senatorin Anja Hajduk spricht anlässlich der **Fertigstellung der Hochwasserschutzmaßnahme an den Landungsbrücken**

11:00 Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **60. Überseetages.**

Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt teil.

12:30 Vorplatz-Brahms Quartier, Caffamacherreihe 5
Staatsrat Dr. Nikolas Hill hält ein Grußwort anlässlich der **Enthüllung des Brahms-Denkmals.**

13:00 Patriotische Gesellschaft, Trostbrücke 6
Senatorin Anja Hajduk spricht zur **Eröffnung des Wettbewerbs „Energieeffiziente Stadt“.**

14:00 Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeisterin Christa Goetsch empfängt **die Botschafterin des Großherzogtums Luxemburg, Martine Schommer, zum Antrittsbesuch.**

Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt teil.

18:00 Bezirksamt Eimsbüttel
Senator Dr. Till Steffen und Staatsrat Dr. Michael Voges nehmen am **Mai-Empfang des Bezirksamtes Eimsbüttel teil.**

18:00 Rathaus
Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters spricht ein Grußwort anlässlich des **Senatsempfangs für den Hauptausschuss Raumordnung**

18:00 Rathaus, Kaisersaal
Bürgermeisterin Christa Goetsch, Senator Dietrich Wersich und Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert besuchen die **Ausstellung „Homosexuellen-Verfolgung in Hamburg 1919 – 1969“.**

19:00 Hotel Atlantic Kempinski, An der Alster 72-79
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt teil am **60. Übersee-Tag 2009 „820 Jahre Hafen Hamburg“.**

19:30 Hamburger Kammerspiele (Logensaal), Hartungstr. 11
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann begrüßt anlässlich der **EUROPAWOCHE zur Senatsveranstaltung „One Night in Europe“**,
Talkrunde mit Hannes Stöhr (Regisseur), Annemieke Henriks
(niederländische Autorin), Jan-Philipp Beck (ehemaliger Vorsitzender des
Europäischen Jugendparlaments) und Alice Bota (Journalistin DIE ZEIT), die
moderiert wird von Emmanuel Peterfalvi alias „Alfons“.

Freitag, den 08.05.2009

10:30 In den Ministergärten 8, Berlin
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert besucht die **Fachtagung
„KinderSCHUTZ“**.

11:00 Asklepios Klinik Nord – Ochsenzoll, Langenhorner Chaussee 560, 22419
Hamburg
Senator Dietrich Wersich spricht ein Grußwort zur **Enthüllung der
Gedenktafel für 12 unter der Nazidiktatur ermordete Kinder**.

11:00 Rathaus, Kaisersaal
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **50-jährigen Bestehens
des „Unfallkrankenhauses Boberg“**.

12:30 Hauptkirche St. Katharinen, Hamburg
Senator Christoph Ahlhaus und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen teil am
Ökumenischen Eröffnungsgottesdienst zum 820. Hafengeburtstag.

14:00 Bundeswehrkrankenhaus, Lesserstraße 180
Senator Dietrich Wersich spricht ein Grußwort anlässlich der
Grundsteinlegung des neuen Bettenhauses.

14:30 Rickmer Rickmers, Landungsbrücken
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck eröffnet **den Hamburger
Hafengeburtstag 2009 und nimmt teil am Festprogramm mit den
Vertretern des Partnerlandes Schweiz**.

Senator Christoph Ahlhaus und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen teil.

15:00 Landesinstitut für Schulentwicklung und Lehrerfortbildung, Felix-Dahn-Straße
3
Bürgermeisterin Christa Goetsch eröffnet die **Tagung zum Thema
„Sprachförderung“** mit einem Grußwort.

17:00 Fregatte Hamburg, Landungsbrücken
Staatsrat Dr. Manfred Jäger spricht anlässlich des **Hafengeburtstags ein
Grußwort zum traditionellen Empfang der Kommandanten der
besuchenden Marineschiffe**.

17:00 Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich der **6. Einbürgerungsfeier**.

Senator Dietrich Wersich und Staatsrat Dr. Michael Voges nehmen teil.

18:00 Landhaus Jägerhof, Ehestorfer Heuweg 12
Senator Christoph Ahlhaus spricht beim **traditionellen Süderelbeempfang 2009**.

19:00 Color Line Arena
Staatsrat Dr. Manfred Jäger hält anlässlich des **Senatsempfangs für das „Lufthansa Final Four“ (DHB Pokalfinale)** ein Grußwort.

20:00 Deutsches Schauspielhaus, Kirchenallee
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt teil an der **Verleihung des Henri Nannen Preises**.

Samstag, den 09.05.2009

10:00 Hotel Grand Elysee
Senatorin Anja Hajduk spricht auf der **ADAC-Hauptversammlung zum Thema „ADAC: Neue Energie – mobile Zukunft“**

13:30 Alstervorland, Harvestehuder Weg Höhe Milchstraße
Senator Dietrich Wersich hält ein Auftaktgrußwort zum **KKH-Allianz-Lauf**.

18:30 Rickmer Rickmers, Landungsbrücken
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck und Senator Dietrich Wersich nehmen teil am **17. Captain's Dinner anlässlich des Hamburger Hafengeburtstags**.

19:00 Thalia Theater, Alstertor 1
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht die **„Lange Nacht der Autoren“**.

20:00 Hotel Atlantic Kempinski, An der Alster 72-79, 20099 Hamburg
Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt teil am **2. Ball der Hamburger Industrie**.

20:00 Speicherstadt, Kehrwiederspitze
Staatsrat Dr. Manfred Jäger hält anlässlich des **Schweiz-Basel Festivals** ein Grußwort.

Sonntag, den 10.05.2009

14:00 Colorline-Arena, Sylvesterallee
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht das **Endspiel der Lufthansa Final Four um den Handball DHB-Pokal**.

18:00 Dreieinigkeitskirche St. Georg, Kirchhof/Koppel
Staatsrat Dr. Michael Voges hält ein Grußwort im Rahmen des **Gedenkgottesdienstes zum Tag der verfolgten Homosexuellen**.

20:00 Deutsches Schauspielhaus, Kirchenallee
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht die **Aufführung „Dunkel lockende Welt“**.